

Für die Presse

Deutschland muss sichere und reguläre Einwanderung ermöglichen Justitia et Pax zum Global Forum für Migration und Entwicklung

Berlin/Bonn, den 30. Juni 2017 „Deutschland muss seinen Vorsitz des Global Forum on Migration and Development nutzen, um sichere und reguläre Einwanderung zu ermöglichen und die Ursachen zu bekämpfen, die viele zur Migration zwingen, seien es Krieg, Katastrophen, Bedrohung, Hunger, Armut oder Arbeitslosigkeit. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Vereinten Nationen ein Abkommen zur sicheren, geordneten und regulären Migration verhandeln, in dem Migranten und Migrantinnen im Mittelpunkt stehen“, fordert Dr. Hildegard Hagemann, die das Global Forum on Migration and Development (GFMD) für die Deutsche Kommission Justitia et Pax begleitet.

Seit 2007 diskutiert die internationale Staatengemeinschaft bei den Konferenzen des GFMD den Zusammenhang von Migration und Entwicklung. In diesem Jahr steht das GFMD unter dem Zeichen der Verhandlungen von zwei Globalen Abkommen über den Schutz von Wanderarbeitern und Flüchtlingen, die 2018 abgeschlossen werden sollen. Das GFMD als eine von verschiedenen Konsultationsplattformen dazu fand vom 28.-30. Juni 2017 in Berlin unter dem Doppelvorsitz von Deutschland und Marokko statt. Die gemeinsamen Beratungen von Regierungen und Zivilgesellschaft am 30. Juni 2017 wurden durch zahlreiche Begegnungen von ca. 300 internationalen Vertreterinnen und Vertretern von Migranten-, Menschenrechts-, Diaspora- und Entwicklungsorganisationen vorbereitet.

In diesem Zusammenhang organisierte die Deutsche Kommission Justitia et Pax zwei Diskussionsrunden, in denen es zum einen um eine kritische Analyse der Wirkungen von Rücküberweisungen von Wanderarbeitern für die Entwicklung der Herkunftsregionen ging. Die Experten und Expertinnen wiesen darauf hin, dass Rücküberweisungen privater Natur sind und daher alle Versuche staatlicherseits, auf diese Mittel für entwicklungspolitische Zwecke zuzugreifen, fragwürdig sind. „Vielmehr sollten Regierungen Sorge dafür tragen, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt und Frieden in einer Bevölkerung, die von der Auslandstätigkeit ihrer Mitglieder abhängig ist, gewahrt bleiben kann. So sollte z.B. vermieden werden, dass Rücküberweisungen zu „Inseln des Wohlstands“ finanziell Privilegierter führen. Vorrangige Bedeutung hat eine Beschäftigungspolitik, die das Recht auf menschenwürdige Arbeit und Einkommen im Herkunftsland gewährleisten kann“, so führte Hagemann im Verlauf der Diskussion aus.

Zum anderen ging es um die Arbeitsinspektion als staatliche Aufgabe zum Schutz der Rechte aller arbeitenden Menschen. Die Arbeitsinspektion brauche in vielen Zielländern eine besonders gute Ausstattung und Durchsetzungskraft, damit Wanderarbeiter/innen ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus nicht Opfer von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel werden. Deutschland solle die Zeit der Ko-Präsidentschaft für das GFMD mit Marokko in den Jahren 2017/2018 nutzen, die eigenen Defizite bei der Arbeitsinspektion aufzuarbeiten und sich für eine Migrationspolitik in der EU und international einzusetzen, die den Schutz von Migranten und Migrantinnen vor, während und nach der Ankunft im Zielland in den Mittelpunkt stellt sowie deren Kriminalisierung verhindert.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Hildegard Hagemann
Referat Entwicklung
Telefax ++49(0)228-
Tel: 0228 - 103 317